

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 01 10. Januar 1996

→ **Knastkameradschaften** Seite 2

Die neonazistische Szene will inhaftierte Kameraden zur gemeinsamen Front mobilisieren.

→ **Ein fescher Spätgeborener** Seite 5

Der Siegeszug des Jörg Haider scheint vorerst gestoppt. Mit seiner Rede vor der Waffen-SS im Herbst vergangenen Jahres hat der Rechtspopulist die Chronik seiner Skandale erneut angereichert.

→ **Scharfmacher im Parlament**

Seite 6

Die tschechischen „Republikaner“ haben schon eine Reihe von Strafverfahren am Hals. In der Wählergunst befinden sie sich trotzdem wieder im Aufschwung.

→ **Rechtsextremismus kein Thema?** Seite 11

Bei den Aktivitäten im Deutschen Bundestag zu den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus steht die PDS eindeutig an der Spitze. BNR dokumentiert dazu die Parlamentarischen Vorgänge in der 13. Wahlperiode.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Gedanken zum Jahresbeginn

Redaktion und Mitarbeiter begrüßen Sie, liebe Leserinnen und Leser, zu Beginn des 13. Jahrgangs des „blick nach rechts“. Im vergangenen Jahr war es möglich, Ihnen noch mehr Information über den Rechtsextremismus zu geben. Dies mag unkritischen Beobachtern widersprüchlich erscheinen. Denn geht man von den Zahlen aus, so sind Straftaten aus rechtsextremistischer oder antisemitischer Motivation rückläufig, den rechtsextremen Parteien die Anhänger davongelaufen, sie gar ihrer Vorsitzenden verlustig gegangen. Daß der eine, Deckert, sich im Strafvollzug befindet, macht nicht nur deutlich, daß der Rechtsstaat Biß hat, es bestätigt auch, daß von rechts unvermindert Gefahr droht. Angesichts des erwachten Rechtsstaats hat sich der Rechtsextremismus längst neue Formen der Kommunikation gesucht, Stichwort: Thule. Angesichts erschwerter Zugänglichkeit dürften sie Opas Rechtsextremismus an Gefährlichkeit übertreffen. Zugleich bleibt aber der Ruf nach dem Führer, der die Fraktionen der Braunen zu der machtvollen Einheitsbewegung zusammenführt. „Haider“ lautet das Zauberwort. Die Freude der Österreicher, sie hätten Haider gestoppt, dürfte verfrüht sein. Den Verlust von zwei Mandaten bei den jüngsten Wahlen empfindet er selbst nur als Delle in seinem Aufstieg. Und es sind dem Vernehmen nach nicht nur die deutschen Nazis, die voll Bewunderung nach Österreich schauen. Den Niedergang bei den kommenden Landtagswahlen vor Augen, ist offenbar nicht nur die FDP nicht dagegen gefeit, im Populismus a la Haider das Heil zu suchen. Glaubt man dem SPIEGEL, werden solche Planspiele auch in der CDU gespielt, die sich so den Koalitionspartner erhalten möchte, der sogleich fürs Grobe da ist. Eine solche Arbeitsteilung wäre für die deutsche Innenpolitik fatal, würde auch der Union selbst nicht gut tun. Aus vorangegangenen Wahlkämpfen dürfte noch bekannt sein, wie Schönhuber und Frey ihre Anti-Ausländer-Werbung nicht ohne Erfolg als das Original gegenüber den Kopisten empfehlen konnten; Stoiber hat daran erinnert. Angesichts der vielen ungelösten Probleme, die wir mit ins neue Jahr nehmen, muß die Einigkeit der Demokraten das Ziel sein, damit nicht die Stichworte für Problemlösungen nach Art der Rechtsextremen geliefert werden.

Klaus-Henning Rosen

Knastkameradschaften

„Der politische Kampf ist im Knast nicht beendet, er wird nur mit anderen Mitteln weitergeführt!“ so die Neonazi-Postille „Umbruch“ (Herausgeber: Steffen Hupka), ein „nationalrevolutionäres Schulungsorgan für Strategie, Taktik, Politik und Weltanschauung“.

Inhaftierten Kameraden gibt der „Umbruch“, dessen selbstgestellte Aufgabe es ist, „dem politischen Führer, Unterführer oder/und dem bewährten Einzelaktivisten Schulungsmaterial an die Hand zu geben und die dringend notwendige gruppenübergreifende Strategiediskussion voranzutreiben“, u.a. praktische Verhaltensregeln: „Selbstbewußtes und aggressives Auftreten gegenüber den >höheren< Beamten. Als >Politischer< muß man sich immer klar sein, daß man für die System-schergen Feind ist, also muß man in ihnen auch den Feind sehen. ... Sie sind Charakterschweine und Schreibtischtäter.“ Abrufbar war der Artikel „Verhalten in Haft“ auch im neonazistischen Mailbox-Datenverbund „Thule“.

Um auch die inhaftierten Gesinnungsfreunde in die facettenreichen Neonazistrukturen weiter einzubinden, wird die „Gründung von Knastkameradschaften“ propagiert. Aufgerufen haben dazu u.a. die knasterfahrenen Aktivisten Axel Schoppmann, Martin Küpper und Maik Fischer (O-Ton Fischer: „Ich bin stolz auf mein Vaterland, und wer mir das verbieten will, muß erst noch geboren werden!“) im „Umbruch“, dem „Brauner Ausguck“ des österreichischen Hitler-Verehrers Karl Polacek und in den „Nachrichten“ der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG). Die 1979 gegründete HNG zählt mit rund 340 Mitgliedern - neben den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) - zur mitgliederstärksten und einflußreichsten Organisation im bundesdeutschen Neonazi-Geflecht.

Der „politische Kampf“ geht weiter

Nach Auffassung von Schoppmann und Konsorten muß der „politische Kampf“ im Knast mit „anderen Mitteln“ fortgesetzt werden. Die inhaftierten Kameraden werden dazu aufgefordert, sich im

„Knast“ politisch weiterzubilden und Kontakte zu Kameraden in anderen „Knästen“ aufzunehmen. Materielle Unterstützung müsse von „draußen“ erfolgen, während „moralische Solidarität“ von Kameraden „drinnen“ geleistet werden solle. Der Aufruf an die „Kameraden in den Systemknästen“ schließt mit folgendem Appell: „Wir müssen in die Offensive gehen! Wir müssen intelligenten nationalen Widerstand in den Knästen leisten! Drinnen und >draußen< eine Front!“ Als Kontaktadresse für die interessierten Kameraden dient die Adresse von Schoppmann, mehrfacher Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“ (JF). Zu Beginn dieses Jahres schwadronierte der ehemalige Bundeswehrsoldat Schoppmann in der JF über den „Abbau des Soldatischen“, der „bis weit in das Offizierskorps“ hineinreiche. Entsetzt zeigte er sich „über die innere Lage der Truppe“: „Befehle wurden nicht ausgeführt, sondern ausdiskutiert. Das lag zum einen an der Schulbildung der Rekruten (z.T. Abiturienten), zum anderen aber auch an der mangelnden Vorbildfunktion der Vorgesetzten.“

Aus rechtskräftig verurteilten rechtsextremistischen Straftätern werden in den HNG-Nachrichten „politisch Verfolgte“, deren Meinung „den derzeit Herrschenden nicht in das Konzept passen kann.“ Der Berliner Neonazi Marcus Alexander Bischoff (Aktivist der verbotenen FAP), der am 13. September 1994 vom Berliner Landgericht wegen „Vorrätighaltens zur Verbreitung“ rechtsextremistischer Propagandaschriften zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt wurde, wird so zum „politischen Dissidenten“ gekürt. Die HNG über Bischoff, der sich ab dem 16. August für rund zwei Monate im Hungerstreik befand: „Marcus kämpft einen Kampf für uns alle“.

Regelmäßig rufen die HNG-Nachrichten in jüngster Zeit dazu auf, die „repressive und antidemokratische Zensurpolitik der brd-Justiz“ nicht mehr „unwiderrspochen“ hinzunehmen. Auch die „Gefangenenhilfe der Nationalen e.V.“ (Sitz im Ostberliner Bezirk Lichtenberg) fordert in einem Flugblatt selbstbewußt die „Freilassung aller nationalen politischen Gefangenen der BRD“. Verantwortlich für das Flugblatt zeichnet Walter Menz, Redaktionsmitglied der „Berlin-Brandenburger Zeitung“, dem Mitteilungsblatt der „Nationalen“.

Hilfesuchende Frauen

Der Wunsch nach Zuspruch macht auch vor braungesinnten Frauen, deren Ehemänner inhaftiert

sind, nicht halt. So wollen die neonazistischen Kameradinnen Michaela Kiese (Ehefrau von Martin K., FAP), Sylvia Endres (verheiratet mit Gerhard Endres, VAPO) und Martina Dampf Familien, deren Männer im Knast sind, „wenigstens moralisch zur Seite stehen“. In der „Freien Stimme“, einer Publikation der Sauerländer Aktionsfront“, lamentieren sie lauthals über die bisherige Lage, die sie nun gemeinsam ändern wollen: „Im Gegensatz zu anderen >Problemgruppen<, die staatlich betreut und in Talkshows ihr Publikum finden (Süchtige, sexuell abartig Veranlagte, Psychopathen usw.) fühlt sich für uns keiner zuständig. Wir werden einfach ins kalte Wasser geworfen. Wir stehen völlig allein da.“

Ähnliche Beweggründe wie seine bundesdeutschen Gesinnungskameraden verfolgt auch der notorische Neonazi Walter Ochensberger, der sich nach seiner Haftentlassung (Februar) anschickte, an die Spitze publizistischer und organisatorischer Drahtzieher im österreichischen Neonazigeflecht zu treten. In seiner Publikation „Top Secret“ (Untertitel: „Hintergrundnachrichten für den kritisch denkenden Staatsbürger“, einem professionell gestalteten Blatt, verkündete er unlängst die Gründung einer „Nationalfreiheitlichen Gefangenenhilfe“. Deren erste Tat war die - zumindest verbal angekündigte - finanzielle Unterstützung der Familie des bundesdeutschen Revisionisten Germar Scheerer (Rudolf), der im Juni u.a. wegen Volksverhetzung zu einer 14monatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde.

Ochensberger zählt zum Hardcore-Kreis von Neonazis, für die der „Knast“, wie die HNG-Nachrichten stolz berichten, als „Durchlauferhitze für Revolutionäre“ dient, da dieser „der normale Aufenthaltort eines freien Mannes in Zeiten der Not“ sei.

Es bleibt sicherlich unbestritten, was ein Forscherteam um den Bielefelder Pädagogen Wilhelm Heitmeyer im Auftrag der damaligen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) ermittelte: Strafe schreckt rechtsextreme Gewalttäter nicht ab, im Knast tritt praktisch keine Besserung ein. In eindrucksvolles Beispiel dafür lieferten jugendliche Neonazis in der JVA Luckau (Brandenburg). Dort wollten die Häftlinge den Geburtstag von Rudolf Heß feiern, trugen am 17. August (Heß-Todestag) schwarzen Trauerflor und betranken sich, bis die Bediensteten einschritten.

Anton Maergerle

KOMMENTAR

Gegen die Haiderisierung der Parteien

Von Siegfried Vergin, MdB

Der Sprecher der SPD-Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ erklärt zum Ausgang der österreichischen Wahlen:

Haiders Ziel, wenigstens zweitstärkste politische Kraft in Österreich zu werden, ist zwar nicht aufgegangen, aber die Stabilisierung seiner Partei ist Anlaß genug, daß die demokratischen Parteien in Österreich nun einen eindeutigen Kampf gegen Haider, der - folgt man dem österreichischen Autor Josef Haslinger - „die zweite Republik sturmreif schießen will“, führen. Dazu gehört, daß der langlebige und zähe Mythos, Österreich als das erste Opfer Hitlers zu sehen, in die Müllgrube der Geschichte geschüttet werden muß. Mit diesem immer noch wirkenden Mythos gelang und gelingt es bis heute, die Tatsache zu relativieren, daß Österreich sieben Jahre lang nationalsozialistisch funktionierte. Das läßt sich nicht auf das Engagement einer Verbrecherbande reduzieren, denn dazu war das Land als ganzes zu sehr davon erfaßt. Von der gefährlichen Mischung aus Trotz und Überzeugung profitieren nicht nur Haider, sondern auch andere, die auf die Unterstützung durch deutsche rechte Aktivisten zählen können.

Die europäische Vernetzung der Rechtsextremisten scheint nirgendwo so intensiv zu sein wie zwischen Deutschland und Österreich. Traditionell finden Treffen anläßlich Hitlers Geburtstag oder des Rudolf-Heß-Gedenktages statt. Die Qualität der Kooperation geht aber über Verbrüderungsszenen und Kundgebungen hinaus, man denke nur an die gemeinsame Sprengstoffübung von VAPO-Mitglie-

dern und deutschen Aktivisten Anfang der 90er Jahre in der Nähe von Berlin. Interne Differenzen werden zunehmend zugunsten verstärkter Kooperation im Interesse der gemeinsamen Ziele zurückgestellt. Die Szene vernetzt sich immer stärker elektronisch, wobei die österreichischen Rechtsextremisten gerne auf das Mailbox-Netzwerk ihrer deutschen Gesinnungsgenossen zurückgreifen.

Analog zur Bundesrepublik gibt es in Österreich zahlreiche Vorfeldorganisationen, die unter dem Deckmantel der Legalität agieren. Da läßt seit 1992 ein „Kulturwerk Österreich. Landesgruppe Kärnten“ zu den „Kärntner Kulturtagen“ ein, in deren Umfeld die österreichischen Behörden mehrfach gegen spanische und deutsche Rechtsextremisten vorgehen mußten. Das hindert aber Professoren, die ansonsten an deutschen Universitäten und Fachhochschulen Studenten unterrichten, nicht, bei den Kulturtagen aufzutreten.

Die deutsch-österreichische Zusammenarbeit klappt gut, denn neben den USA befinden sich die wichtigen Bezugsquellen für in Österreich verbreitetes rechtsextremistisches Propagandamaterial in Deutschland. Als Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion haben wir schon in der letzten Legislaturperiode das Problem der Herstellung und Verbreitung rechtsextremistischer Propagandaschriften unter die Lupe genommen. Wenn in Spanien gedruckt wird, was über eine Briefkastenadresse in Großbritannien oder als Urlaubspost getarnt jeder Bundesbürger ohne Schwierigkeiten bekommen kann, dann macht für mich Sinn: Die rechte Vernetzung bedarf der Antwort durch die Demokraten - wir müssen uns endlich zur Abwehr des Rechtsextremismus über die demokratischen Grenzen hinweg vernetzen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß in demokratischen Parteien eine Haiderisierung geduldet wird. Und seien es noch so kleine Haiders.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

Auf dem Weg in die „Dritte Republik“:

Ein fescher Spätgeborener

Jörg Haider, der wohl am häufigsten porträtierte Politiker Österreichs, ist in die Bredouille geraten. Nicht nur, daß er und seine „Freiheitlichen“ einen Dämpfer bei den Nationalratswahlen vom Dezember vergangenen Jahres hinnehmen mußten, sondern jetzt hat ihn auch die Justiz im Visier. Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt leitete aufgrund einer Anzeige Ermittlungen gegen Haider wegen neonazistischer Aktivitäten ein. Anlaß ist die an die Öffentlichkeit gelangte markige Rede, die Haider am 30. September vor SS-Veteranen am Rande des Ulrichsbergtreffens bei Klagenfurt gehalten hatte. Den dort versammelten Ewiggestrigen versicherte Haider seine unverhohlene Sympathie. Er freue sich, „daß es auf dieser Welt noch ein paar anständige Menschen gibt ... die ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind ... Auch wenn wir momentan vielleicht nicht mehrheitsfähig sind.“ Verwunderlich sind solche Sätze nicht, denn schließlich übernahm Haider schon die Schirmherrschaft für Veteranen-Treffen und bezeichnete Wehrmacht und Waffen-SS als Vorkämpfer für Europas Freiheit.

Haiders Ausflüge an die rechte Front waren auch nie ein großes Geheimnis, lächerlich mutet es höchstens an, wenn die Frage gestellt wird, ob er überhaupt gewußt habe, vor wem er da spricht.

Es ist kaum anzunehmen, daß dieses erneute Vorkommnis Haiders Politiker-Karriere stoppen wird. Unzählige Skandälchen und Skandale weist die Chronik seiner diskreditierten öffentlichen Verlautbarungen bereits auf. Auch als er im Frühsommer 1991 seinen Hut als Landeshauptmann (Ministerpräsident) von Kärnten aufgrund seiner positiven Bewertung der „Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ nehmen mußte, ließ sein politisches Comeback nicht lange auf sich warten. Eine Serie von Wahlerfolgen der FPÖ (heute „Freiheitliche“) bei Landtagswahlen in den darauffolgenden Monaten brachte den Rechtspopulisten rasch wieder in die bundespolitische Arena zurück. Und der politische Erfolg in den Bundesländern ist Haider - der, laut Entscheid des Obersten Gerichtshofs, als „politischer Ziehvater und Ideologe des

rechtsextremen Terrorismus“ bezeichnet werden darf - bis heute weitgehend treu geblieben. Bei den zeitgleich zu den Nationalratswahlen am 17. Dezember abgehalten Landtagswahlen in der Steiermark legte die Haider-Partei wieder 1,8 Punkte zu und liegt nun bei 17,1 Prozent und 10 Mandaten.

Einzig bei den jüngsten Nationalratswahlen machte sich jetzt ein gewisser Abwärtstrend bemerkbar. Die rechtslastigen „Freiheitlichen“ sanken in der Wählergunst um 0,6 Prozent auf 21,9 Prozent (1994: 22,5 Prozent, 42 Mandate) und verloren zwei Sitze im Parlament. Damit scheint der Siegeszug des Jörg Haider, der seit seiner Machtübernahme als Parteiführer im September 1986 seine FPÖ von Wahlsieg zu Wahlsieg führte (1986: 9,73 Prozent und 18 Mandate; Nationalratswahlen 1990: 16,6 Prozent und 33 Mandate), zumindest bundespolitisch zu stagnieren. Der SPÖ ist es gelungen, an die „Freiheitlichen“ verlorene Wählerstimmen wieder zurückzugewinnen, ebenso auch diesmal die Nichtwähler für sich stärker zu mobilisieren. Das Gespenst der von Haider geforderten „Dritten Republik“ hat sich offensichtlich erstmal verflüchtigt. Die österreichischen Wählerinnen und Wähler haben das Liebäugeln der konservativen Volkspartei - der bekanntlich der deutsche Bundeskanzler Wahlhilfe leistete - mit den Ultrarechten entsprechend quittiert.

Gabriele Nandlinger

HINWEIS

Kongreß zur „Neuen Rechten“

Der SPD-Bezirk Hannover führt am 27. Januar in Celle einen Kongreß zur „Ideologie der ‘Neuen Rechten’ und politische Kultur“ durch. Die Veranstaltung, auf der zahlreiche Rechtsextremismusexperten das Wort haben, beginnt am Samstag, den 27. Januar um 14.00 mit einer Eröffnungsrede des niedersächsischen Kultusministers Rolf Wernstedt. Veranstaltungsort ist das Congress-Zentrum „Celler Union“, Theaterplatz in Celle. Weitere Informationen beim SPD-Bezirk Hannover, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover, Tel. 0511-1674-0, Fax -131 75 77.

Die extreme Rechte in Tschechien:

(Teil II)

Scharfmacher im Parlament

Am 25. Juli 1995 entschied das tschechische Parlament in einer extra einberaumten Sitzung, die parlamentarische Immunität von Jan Vik, dem Führer der Fraktion der rechtsextremen „Republikaner“, aufzuheben. Damit wurde der Weg zur strafrechtlichen Verfolgung des Rechtsaußen-Parlamentariers freigemacht, dem vorgeworfen wird, mit einem Flugblatt „falschen Alarm“ geschlagen zu haben. In dem Flugblatt, betitelt mit „Information der Bundesregierung für die Führung der Sudetenlandsmannschaft“, wurde aufgerufen, die Regierungsparteien in der Parlamenswahl 1996 zu unterstützen, da deren Sieg die tschechische Nationalität für die Sudetendeutschen sowie die Rückgabe ihrer Eigentümer qua 30.9.1938 ermöglichen würde. Diese Flugblätter, versehen mit den gefälschten Unterschriften von Helmut Kohl und Theo Waigel, waren nach den Verhandlungen zwischen der tschechischen und der deutschen Regierung zur Vertriebenenfrage in Millionenauf-
lage von den „Republikanern“ in ganz Tschechien verbreitet worden.

Skinheads als Basis

Die „Republikaner“, deren vollständiger Parteiname „Sdruzeni pro Republiku - Republikanska strana Ceskoslovenska“ (Verein für die Republik - Republikanische Partei der Tschechoslowakei) lautet, sind die am besten organisierte Vertretung des Rechtsextremismus im heutigen Tschechien. Obwohl die Partei vom tschechischen Staat offiziell (noch?) nicht als rechtsextremistisch eingestuft wird - dort wird eine sehr ähnliche Extremismusdefinition wie in der Bundesrepublik verwendet - weisen die REP entsprechende ideologische Merkmale auf. Die REP selbst geben ihre Mitgliedschaft mit 55.000 bis 60.000 Personen an. Für Experten gilt diese Zahl aber klar übertrieben und geschätzte 10.000 Mitglieder, wie alle anderen neuen Parteien in Tschechien, scheinen realistischer zu sein.

Gegründet wurden die „Republikaner“ 1989 vor den ersten freien Wahlen in der postkommunisti-

schen Tschechoslowakei von einer Gruppe um den Parteiführer Dr. Miroslav Sládek. Letzterer, Bürokrat unter dem kommunistischen Regime, ist ein brillianter Demagoge mit Gespür für Humor und Provokation. Die Ideologie der Partei war roh und einfach, gespeist aus Nationalismus und Chauvinismus, Xenophobie und Law-and-Order-Parolen. Den Kern bildete jedoch ein rabiater Anti-Kommunismus, was in den Anfangsjahren des postkommunistischen Staates von zentraler Bedeutung war. Die REP forderten die kompromißlose Säuberung der öffentlichen Ämter von (ehemaligen) Kommunisten und beschuldigten die neue Elite, hier entweder zu lasch vorzugehen oder aber selbst aus (ehemaligen) Kommunisten zu bestehen.

Die REP waren in der Entwicklungsphase zunächst eng mit der wachsenden Skinhead-Bewegung verbunden, die wiederum die REP als ihre Vertretung betrachteten. Das diese Anhängerschar zuwenig für ein gutes Wahlergebnis war, stellte sich 1990 heraus, als es den REP nicht gelang, Vertreter in eines der drei Parlamente zu entsenden. In einer Wahlkoalition mit der kleinen „Vse-
lidová demokratická strana“ (Gesamtvolksdemokratische Partei) erzielten die REP lediglich ein Prozent für das Bundesparlament und das tschechische sowie 0,21 Prozent für das slowakische Nationalparlament. Ein ähnliches Fiasko ergaben die Kommunalwahlen vom November 1990 im tschechischen Landesteil mit 0,5 Prozent der Stimmen.

Vertreter des kleinen Mannes

Nach dem schlechten Wahlergebnis versuchte die Partei ihre Anziehungskraft zu verbreitern. Als Sládeks Stern dank der konstanten Aufmerksamkeit der Medien stieg, distanzierte er sich von den militanten Skins. Künftig präsentierte er seine REP als die Vertreter von „uns“ (der Mann auf der Straße) gegen „die“ (die neue politische Klasse). Die Law-and-Order-Parolen verbanden sich mehr und mehr mit einer „ausländerfeindlichen“ (insbesondere Anti-Roma) Haltung und der Anti-Kommunismus verwandelte sich in eine allgemeine Anti-Establishment-Rhetorik. Dies zahlte sich bei den Wahlen von 1992 aus, als die REP, diesmal alleine, 6,5 Prozent (14 Sitze) für das Bundesparlament und sechs Prozent (auch 14 Sitze) für das tschechische Nationalparlament erzielten. Das Ergebnis von 0,3 Prozent im slowa-

kischen Landesteil machte deutlich, daß die REP ein primär tschechisches Phänomen sind, obwohl sie alles versuchten, das Image einer tschechoslowakischen Partei zu bekommen. Wahlstudien zeigen auf, daß die REP vor allem in den industriell und ökologisch zerstörten Regionen im Norden des tschechischen Teils, mit einem hohen Anteil von Roma, erfolgreich waren. Überdurchschnittlich unterstützt wurden die REP von jungen Arbeitern und Personen mit niedrigem Ausbildungsstand.

Mit der Spaltung der Tschechoslowakei am 1. Januar 1993 wurde das Bundesparlament aufgelöst und damit entfielen auch die 14 Mandate der REP. Durch die Übernahme des tschechischen Nationalparlaments behielt die Partei zwar 14 Sitze im höchsten Gremium, dies währte aber nicht lange. Meinungsverschiedenheiten über Sládeks Führungsstil führten bereits 1993 zum Austritt von sechs REP-Parlamentariern, denen später noch zwei weitere folgten. Im September 1995 verfügte die Fraktion noch über sechs Mitglieder. Im übrigen tut sich die Partei auf der parlamentarischen Ebene nicht durch Eifer hervor. Sie ist allerdings auch von allen wichtigen Ausschüssen und Kommissionen ausgeschlossen. Sládek selbst ist im Parlament nicht mehr vertreten, da er im aufgelösten Bundesparlament saß.

Schönhuber läßt grüßen

Die Partei setzt daher auf außerparlamentarische Aktivitäten, um ihre Anhänger zu erreichen. Regelmäßig werden im ganzen Land Veranstaltungen organisiert, Hauptredner ist in den meisten Fällen Miroslav Sládek. Zeit und Ort der Parteiveranstaltungen sind oft provokativ ausgewählt. So hat die REP-Veranstaltung auf dem Prager Wenzel-Platz, jährlich am 28. Oktober (der Gründungstag der Tschechoslowakei 1918), den Prager Bürgermeister dazu gebracht, den Platz für 100 Jahre zum Gebrauch des Prager Gemeinderats zu reservieren. 1995 wurden vier REP-Mitglieder wegen Ordnungsstörung zu Geldstrafen verurteilt. Sie hatten sich anlässlich einer REP-Demonstration am 30. Juli 1994 auf dem nationalen Friedhof und ehemaligen Konzentrationslager Theresienstadt strafbar gemacht. Ein Prager Gericht verdonnerte erst kürzlich den Parteivorsitzenden Sládek wegen des Angriffs auf einen Polizisten auf dem Wenzelplatz zu einer Haftstrafe von zehn Monaten, die für 18 Monate auf Bewährung ausgesetzt wurde.

Die tschechischen „Republikaner“ suchten von Beginn an den Kontakt mit Gleichgesinnten im Ausland. Eine der ersten Verbindungen bestand zu den deutschen „Republikanern“ die nach dem Scheitern der Zusammenarbeit im Europäischen Parlament ihre Freunde mehr im Osten suchten. Am 5. Juli 1991 trafen sich Sládek und Schönhuber und verabredeten wechselseitige Auftritte in Prag und München. Dies hat (höchstwahrscheinlich) nie stattgefunden, aber die Parteikongresse der tschechischen REP von 1990 und 1993 empfingen Grußbotschaften von Franz Schönhuber. Diese Kontakte wurden dann allerdings wohl infolge der anti-deutschen Rhetorik von Sládek und Meinungsverschiedenheiten über die Sudeten-deutschen abgebrochen. 1994 lud Sládek den russischen Rechtsaußen Wladimir Schirinowskij zu einem Besuch in die tschechische Republik ein, nachdem der Vize-Vorsitzende Vik diesem bei einem Parteikongreß der polnischen „Front Narodowy“ (National Front) in Warschau begegnet war.

Mit „Anti“-Parolen zum Erfolg

Die politische Zukunft der tschechischen REP ist schwer einzuschätzen. Ihren Wahlerfolg von 1992 konnte die Partei nicht wiederholen. Bei der Kommunalwahl vom November 1994 erreichten die REP nur drei Prozent der Stimmen. Die Spaltung der Parlamentsfraktion führte auch zur Gründung einer Konkurrenzpartei, der „Vlastenecká Republikánská strana“ (Patriotische Republikanische Partei). Obwohl zu bezweifeln ist, daß diese neue Partei die REP verdrängen wird, lehrt doch die deutsche Erfahrung, wie hinderlich auch ein kleiner Konkurrent am rechten Rande beim Überschreiten der Fünf-Prozent-Hürde wirken kann.

Man sollte die REP aber nicht zu früh abschreiben. Sie haben ihren ideologischen Kurs den geänderten Umständen angepaßt. Nachdem sie erfolglos die Spaltung bekämpft hatten, wandelte sich ihr tschechoslowakischer Nationalismus zu einem tschechischen Chauvinismus. Heute zielt ihre Rhetorik primär gegen etwas, wie zum Beispiel gegen die Deutschen, das Establishment und vor allem die Roma und andere „Ausländer“. Seit beinahe einem Jahr befindet sich die Partei in den Umfragen auch wieder im Aufwind und liegt derzeit bei über fünf Prozent.

Hohe Auszeichnung für jüdische Gemeinde von Sarajevo:

La Benevolencija

Seit im ehemaligen Jugoslawien jener mörderische Krieg tobte, verging kaum ein Tag ohne Bilder und Berichte von Kriegsschauplätzen. Das hat sich seit dem Waffenstillstandsabkommen geändert. Unvergessen sind indes jene LKW-Kolonnen mit Hilfsgütern, die nicht durchgelassen wurden, oder die Berichte von dem serbischen Massaker am 5. Februar 1994 auf dem Marktplatz von Sarajevo mit 68 Opfern. Jener kalte Februartag ist auch den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde von Sarajevo noch gut in Erinnerung. Es war der Tag, an dem ein Konvoi mit sechs Autobussen, zwei Lastkraftwagen für das Gepäck und einem Tankwagen, eskortiert von vier UN-Panzerfahrzeugen, die Stadt verließ. Organisiert hatte den Konvoi „La Benevolencija“, die Hilfsorganisation der Sarajevo-er jüdischen Gemeinde, die seit Kriegsbeginn mit der Gemeinde identisch ist. Doch wer hat je etwas von der wohlthätigen Arbeit dieser kleinen Organisation gehört? Die Leser der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) erfuhren im März 1994 eine Menge und die Berliner taz veröffentlichte im November 1993 eine Reportage über die Gemeinde und „La Benevolencija“. Die Massenmedien hingegen wußten offenbar gar nicht, was in der einzigen Synagoge der Stadt im Zentrum von Sarajevo und in der Apotheke gegenüber, dem Sitz der Hilfsorganisation „La Benevolencija“, während der Kriegsjahre geleistet worden ist. Daran hat leider auch die hohe Auszeichnung wenig geändert, die „La Benevolencija“ im Oktober bekommen hat: Die Carl-von Ossietzky-Medaille der „Internationalen Liga für Menschenrechte“.

„La Benevolencija“ teilt sich die Auszeichnung mit dem Administrator der Europäischen Union in Mostar, Hans Koschnik. Den kennen viele aus seiner Amtszeit als Bürgermeister von Bremen, „La Benevolencija“ hingegen erscheint nie auf Bildschirmen oder macht in der Weltpresse Schlagzeilen. Dabei hätte sie es längst und immer wieder verdient. Jakob Finci ist ihr Leiter. Er und seine Helferinnen und Helfer haben als Juden einen besonderen Spürsinn für heraufkommendes Unheil. Als Ende März 1992 erste Kämpfe zwischen serbischen und kroatischen Bosniern an der Neretva, der alten Kulturgrenze, begannen, ahnten

sie, was sich da zusammenbraute. Sie begannen, sich auf die Belagerung von Sarajevo vorzubereiten und legten Vorräte an. Im April 1992 stapelten sich im Gemeindezentrum 50 Tonnen an Lebensmitteln und Medikamenten.

Während der ersten Kriegswochen brachte „La Benevolencija“ 800 Kinder und alte Leute über eine Luftbrücke in Sicherheit. Unter der Bevölkerung sprach sich schnell herum, daß „La Benevolencija“ jedermann hilft, keineswegs nur Juden. Tag für Tag wurden mehr als 300 Portionen Suppe verteilt - kostenlos selbstverständlich, denn die Armut gehört zum Alltag. Im zweiten Kriegsjahr, also 1993, konnten die jüdischen Helfer mit fast 360 Tonnen an Lebensmitteln helfen. „Das Geheimnis heißt“, zitierte die SZ Jakob Finci, „guter Wille, gute Organisation und keine Einmischung in die Politik“. Damit untertreibt Finci. Die Hilfe kostete Geld und das mußte beschafft werden. Hier bewährten sich die Verbindungen ins Ausland, vor allem nach Israel, in die USA und nach Kanada. Hinzu kamen detaillierte Kenntnisse über Querverbindungen in Verwaltung und Militär aller drei Kriegsparteien. Wer kann wie und wann bestochen werden - das war so eine wichtige Kenntnis. Die Spitzen der Jüdischen Gemeinde waren ständig im Ausland auf Achse, um Hilfe zu holen. Niemand ist dort geblieben, alle sind zurückgekehrt, um an Ort und Stelle zu helfen, dort, wo sie gebraucht wurden. Das hat die „Internationale Liga für Menschenrechte“ jetzt gewürdigt.

In Sarajewo leben seit 1565 Juden - damals vor allem Handwerker, Händler und Verwaltungsbeamte. Die ersten Ärzte und Apotheker in der Region waren Juden. Die erste Synagoge stammt aus dem Jahr 1581. 1941 hatte Sarajewo 78.000 Einwohner. 12.000 waren Juden. Wer nicht rechtzeitig vor den Nazis und ihren kroatischen Helfern fliehen konnte, endete in den KZs Lobograd und Djakovo. Wen die erste Vernichtungswelle verschonte, der endete im Gas von Auschwitz. Bei der Befreiung lebten von den 12.000 Sarajevo-er Juden noch 1.800. Aber nur 700 kamen zurück in die alte Heimat. Die anderen gingen nach Israel. Während des Krieges wurden fast 200 Menschen neu in die Gemeinde aufgenommen. „Jude“, hat Gemeindepräsident Ivan Ceresnjes der SZ gesagt, „ist hier und heute ein jeder Mensch, der verzweifelt versucht, am Leben zu bleiben“. BNR gratuliert „La Benevolencija“ zu der verdienten Auszeichnung.

Heiner Lichtenstein

BÜCHERSCHAU

Rechte Verbindungen

„Linke Selbstbefriedigung für diejenigen (...), die das alles, was da steht, eh immer schon gewußt haben“ - so charakterisierte der österreichische Rechtsextremist Jürgen Hatzebichler in der „Jungen Freiheit“ (Nr.45) das neueste Buch des NEWS-Journalisten Hans Henning Scharsach. Daß dem nicht so ist, zeigt schon ein erster Blick in das rund 300 Seiten starke Standardwerk „Haiders Clan“. Seite für Seite liefert Scharsach mit scharfer Feder zuhauf Munition über die tiefen Verstrickungen der „Freiheitlichen“ ins braune Netz der Alpenrepublik.

Sachkundig analysiert der Autor die Entstehungsgeschichte der rechten Gewalt - von den ersten Fällen neonazistischer Wiederbetätigung nach Kriegsende bis zu den aktuellen Bomben- und Briefbombenanschlägen. Er dokumentiert, daß zahlreiche Führungsfiguren der gewaltbereiten und terroristischen Neonazi-Szene aus der FPÖ (jetzt „Freiheitliche“ <F>), ihren Nachwuchs- und Vorfeldorganisationen hervorgegangen sind. Scharsach zeigt auf, daß bei den „F“ Rechtsextremisten, Deutschtümler und ehemalige Aktivisten gewalttätiger Gruppierungen nicht nur als Mitglieder in der Partei, sondern auch in politischen Funktionen weiter geduldet werden - während sich Jörg Haider von Rechtsextremismus, Deutschtümelei und rechter Gewalt „offiziell“ distanziert. „Freiheitliche“ waren, wie Scharsach akribisch recherchierte und minutiös belegt, u.a. dabei: bei der Werwolf-Bewegung, die nach dem Krieg Hitlers Auftrag über dessen Tod hinaus zu erfüllen suchte; beim Tod des Antifaschisten Ernst Kirchweyer, der gegen den Nazi-Professor Toras Borodajkewycz demonstriert hatte; beim Terror in Südtirol; bei der Gründung der „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP); bei der terroristischen ANR („Aktion Neue Rechte“); bei Gerd Honsik, dessen „Nationale Front“ in „Wehrsportübungen“ die „Beseitigung des Systems“ trainierte und bei der „Volkstreuen Außenparlamentarischen Opposition“ (VAPO), der die inhaftierten Neonazis

Gottfried Küssel und Hans-Jörg Schimanek sowie Franz Radl und Peter Binder, die im Briefbombenprozeß angeklagt waren, angehören, und deren Verbindungen bis in die Führungsetage der „Freiheitlichen“ reichen. Scharsach dokumentiert Fakten, nennt Namen, belegt die Mitverantwortung ideologischer Wegbereiter und Schreibtischtäter. Er vergleicht Haiders Aussagen zur „Dritten Republik“ mit dem Programm von Honsiks „Nationaler Front“, deren Ziel die Rückkehr zum Führerstaat und die Zerschlagung der parlamentarischen Demokratie war. „Haiders Clan“ - eine Pflichtlektüre für Demokraten.

Scharsach, Hans-Henning, Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht, Wien/Zürich/München 1995, 288 Seiten, DM 39,80. ISBN 3-7015-0349-4.

Hubertus Kahl

Thema „Flucht“

Die Deutsche Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe unterstützt die Arbeit der Vereinten Nationen und anderer Organisationen für Flüchtlinge sowohl ideell als auch materiell. Seit 1987 werden im Auftrag dieser Stiftung regelmäßig Jahrbücher herausgegeben, die sich mit dem Thema „Flucht“ befassen.

Das „Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1995“ wird eingeleitet durch einen Bericht der UNHCR-Vertreterin in Deutschland Judith Kumin zur weltweiten Lage der Flüchtlinge. Die Bundestagsabgeordneten Editha Limbach und Otto Schily bewerten für die beiden großen Parteien CDU und SPD den vor drei Jahren vereinbarten Asylkompromiß. Der Band enthält des weiteren zahlreiche Beiträge von Experten, die sich mit praktischer Flüchtlingsarbeit bzw. deren rechtlichen Grundlagen beschäftigen, sowie literarische Essays.

Klaus-Henning Rosen, Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1995, Berlin/Bad Honnef 1995. Ost-West-Verlag, 128 Seiten, DM 24,80; ISBN 3-931332-07-1.

Stammtisch der Geretteten

Der Wiener Jude Leo Glückselig hatte nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in seine Heimat versucht, über Holland zu entkommen. Korrupte Gestapo-Beamte hatten dem Flüchtling in Köln den Grenzübertritt verkauft; holländische Polizisten indes verweigerten ihm bei Kerkrade die Durchreise in die USA. Jahre später kam der Pazifist in amerikanischer Uniform genau über jenen Grenzübergang nach Deutschland zurück, wo er abgewiesen worden war. Szenen aus dem Leben dieses mittlerweile 82jährigen Zeichners spiegelt der Dokumentarfilm „Glückselig in New York. Der Stammtisch der Emigranten“, der am 4. Januar 1996 im Ersten Programm des Deutschen Fernsehens zu vorgerückter Stunde ausgestrahlt wurde.

Der Filmemacher Yoash Tatari, der den Iran zur Zeit des Schah-Regimes verlassen hat und jahrzehntelang in Köln arbeitete, ist Glückselig in seinem neuen Domizil New York an einem Stammtisch begegnet. Um diesen hatten sich erstmals im Jahr 1943 - damals im Kaffeehaus Alt-Heidelberg - jüdische Emigranten aus Österreich und Deutschland versammelt, um in Gemeinschaft ihre Lebensmittellkarten zu verzehren. Etliche von ihnen, so auch Glückselig, konnten es in der Sicherheit der Wolkenkratzer-Metropole an der amerikanischen Ostküste nicht ertragen, daß in Europa Menschen verfolgt und vernichtet wurden. Sie reihten sich in die amerikanische Armee ein.

Später, nach der Zerschlagung der Nazi-Diktatur, kamen sie zu dem Stammtisch zurück, den der bayerische Schriftsteller Oskar Maria Graf gegründet hatte. Die klein gewordene Zahl der Überlebenden trifft sich bis auf den heutigen Tag; nicht mehr im Kaffeehaus, sondern in einer Privatwohnung. Yoash Tatari konnte sich sichtlich in die Situation dieser Schicksalsgemeinschaft einfühlen und die Zungen dieser Geretteten lösen, die aus Angst vor der Erinnerung und der Scham, überlebt zu haben, untereinander kaum über die Vergangenheit sprechen. Dem aus der Welt der Nachgeborenen gekommenen Filmdokumentaristen erzählten Glückselig und die anderen von Erlebnissen und Empfindungen, die sie in sich vergraben hatten. Es dauerte ein Jahr bis Yoash Tatari mit seinem Team, mit Kamera und Aufnahmegerät an den Stammtisch der Geretteten trat.

„Rache wäre Hitlers später Sieg“

Die Frau, die Schindlers Liste getippt hatte, offenbart: „Manchmal glaube ich nicht, daß ich das erlebt habe“. Und Leo Glückselig erzählt von der Versuchung, Rache zu üben, indem er nach dem Betreten deutschen Bodens Soldaten nach deren Gefangennahme erschießt. Er hatte den Finger bereits am Abzug. Er erzählt von dem Versuch, mit einem Schritt aus einem hochgelegenen Fenster alle Qualen, die Angst vor seinem Leben mit Erinnerungen auszulöschen. Doch der Wiener, dessen Portrait mit einem Blick auf die New Yorker Skyline und seinem Walzer-Schritt eröffnet wird, hat „das Leben zum Fressen gern“. Glückselig, der bei Mozart-Musik Szenen der Verfolgung zeichnet, hat „den Haß auf die Deutschen besiegt“. Denn „Rache“, so sagt er „wäre Hitlers später Sieg“.

Yoash Tatari hat zwei Jahre seines Lebens und als freier Produzent viel Geld gegeben, um die Zuschauer mit dem Schicksal von Menschen zu konfrontieren, die der Nazi-Staat zum Tode verurteilt hatte. Der Filmemacher hat sich kein einziges Mal selbst ins Bild gesetzt: Es geht ihm darum die hochbetagten Überlebenden zu zeigen, den Weg des Leo Glückselig nachzuzeichnen. Er hat Erinnerungen festgehalten, die bald schon nicht mehr ausgesprochen werden können.

„Glückselig in New York. Der Stammtisch der Emigranten“.

Rudolf Schwinn

„Das Massaker von Kalavrita“

Das Fritz-Bauer-Institut veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Griechischen Kulturforum einen Themenabend aus der Projektreihe „Deutschland“ in Europa 1933 - 1945.- Geschichten europäischer Regionen und Gemeinden. Im Anschluß an die Vorstellung des Buches von Franziska Nika „Kalavrita 1943. Augenzeugenbericht“ findet eine Diskussion zum Thema „Die Bedeutung von Kalavrita in Griechenland heute“ statt. Datum der Veranstaltung ist der 29.1. um 19.30 im Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt, Rheinstraße 29. Info: Fritz-Bauer-Institut, Tel. 069-975811-0, Fax -975811-90.

DOKUMENTATION

Rechts- extremismus kein Thema?

Rechtsextremismus ist für die traditionell im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien kein Thema. Das jedenfalls könnte die Schlußfolgerung aus der Auswertung von DIP, dem Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge, zum Stichwort „Rechtsextremismus“ sein. Unter den 85 Vorgängen, in denen Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus eine Rolle spielten, sind die Bundesregierung mit drei Unterrichtungen, CDU/CSU mit zwei Anfragen, die FDP mit einem Debattenbeitrag, die SPD mit fünf und Bündnis 90/Grüne mit sechs Anfragen bzw. Anträgen verzeichnet. Im übrigen ist das Thema von der PDS „besetzt“, von der insbesondere die Abgeordnete Jelpke sich mit einer gewissen Systematik rechtsextremistischer Organisationen und Personen sowie des kriminellen Geschehens in diesem Bereich angenommen hat.

Nun muß dieses Ergebnis ja nicht traurig stimmen. Es könnte ja darauf zurückzuführen sein, daß die zuständigen Instanzen - die Innenminister, die Gerichte, aber auch die Medien und gesellschaftlichen Organisationen - sich Kraft ihres Auftrages des Themas angenommen haben, so daß das lieb Vaterland ruhig sein kann. Es könnte aber auch darauf hindeuten - und das wäre fatal -, daß infolge Gewöhnung das Sensorium für eine Gefahr verloren gegangen ist. Denn daß durchaus Veranlassung besteht, das Thema nicht zu den Akten zu legen, machen die Verfassungsschutzberichte ebenso wie die periodischen Berichte der Ämter über das kriminelle Geschehen deutlich. Da mag durchaus ein Rückgang zu verzeichnen sein, der als Erfolg zu werten ist. Angesichts neuer Kommunikationsformen der rechtsextremen Szene aber auch des Werbens am rechten Rand, auf das gerade dieser Dienst immer wieder hinweist, besteht für Demokraten kaum ein Anlaß, in den Schlaf der Gerechten zu verfallen.

Der „blick nach rechts“ dokumentiert nachstehend die Parlamentarischen Vorgänge in der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestags zum Thema „Rechtsextremismus“:

I. Debatten

1994

Bundeshaushaltsgesetz 1995 - Rednerin: Ulla Jelpke, PDS - PIPr 13/8 S 313 D, 381 A, 14.12.;

1995

Bundeshaushaltsgesetz 1995 - Situation BD Rechtsextrem.Organis., Rednerin Ulla Jelpke, PDS - PIPr 13/30 S 2131 A, 2154 B, 29.3.;

Bundeshaushaltsgesetz 1995 - Redner Gregor Gysi, PDS - PIPr 13/31 S 2322B, 2355 C, 30.3.;
Akt.Std. - Rechtsextrem.Aktivitäten in der New Yorker DZT-Filiale - Rednerin Ulla Jelpke, PDS - PIPr 13/40 S 3156 D-3161 C, 31.5.

II. Kleine Anfragen

1994

Ausländerf. u. rechtsextr. Ausschreitungen 9/94 - Ulla Jelpke, PDS, Antwort BTDRs 13/82, 21.11.;

Ausländerf. u. rechtsextr. Ausschreit. 10/94 - Ulla Jelpke, Antw. BTDRs 13/83; 21.11.;

Die Hermann-Niermann-Stiftung und Rechtsextr. - Ulla Jelpke, Antw.BTDRs 13/185; 12.12.;

Das rechtsextreme IHV und ASD - Ulla Jelpke, Antw.BTDRs 13/156, 12.12.;

JLO und der Rechtsextremismus - Jelpke, Antw.BTDRs 13/155, 12.12.;

Ausländerf.u.rechtsextr.Ausschr. 11/94 - Jelpke,, Antw.BTDRs 13/180, 19.12.;

Gemeinnütz.rechtsextr.Organisationen - Jelpke, Antw.BTDRs 13/164, 19.12.;

1995

Antisem. Überfälle, Sachbesch., Leugnung des Holocaust 12/1994 - Jelpke, Antw.BTDRs 13/379, 16.1.;

Ausländerf.u.rechtsextr.Ausschreit. 12/1994 - Jelpke, Antw.BTDRs 13/369, 16.1.;

Ostpreußen rechtsextrem. Org. - Jelpke, Anw.BTDRs 13/651, 9.2.;

Verein „Kultur u.Zeitgeschichte“, „Archiv der Zeit e.V.“ - Jelpke, Antw.BTDRs 13/652, 9.2.;

Der Bismarckbund - Jelpke, Antw.BTDRs 13/653, 9.2.;

Die rechtsextreme „Deutsche Bürgerwehr“ - Jelpke, Antw.BTDRs 13/654, 10.2.;

Ausländerf.u.rechtsextr.Ausschreit. 1/95 - Jelpke, Antw.BTDRs 13/674, 16.2.;

Antisem.Überf., Leugnung des Holocaust 1/95 - Jelpke, Antw.BTDRs 13/688, 16.2.;

JLO u.Rechtsextr.II - Jelpke, Antw.BTDRs 13/1045, 14.3.;

Polizeibeamte u.Fremdenfeindl. - Cem Özdemir B90/GR, Antw.BTDrs 13/981, 14.3.;

Die REP nach dem Bundesparteitag in Sindelfingen - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1077, 16.3.;

Ausländerf. Rechtsextrem. 2/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1075, 17.3.;

Die IGR - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1177, 17.3.;

Antisem.Überf. Leugn.d.Holocaust 2/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1073, 17.3.;

Fortführung der Nationalistischen Front - Annelie Buntenbach B90/GR, Antw.BTDrs 13/1123, 22.3.;

Das Deutsche Seminar e.V. - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1121, 24.3.;

Rechtsext.Akt.anl.50.Jahrest. Luftangriff Dresden - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1138, 24.3.;

Institute für Historical Review - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1120, 24.3.;

Rechtsext.u.Fremdenf., Gewaltt.u.Tötungsd. 1994 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1118 1765, 24.3.;

Grabert-Verlag - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1280, 6.4.;

Instit.f.Deutsche Nachkriegsgesch. - Jelpke - Antw.BTDrs 13/1282, 6.4.;

Hoggan-Stiftung - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1283, 6.4.;

Deutschland in Geschichte und Gegenwart, Grabert-Verlag - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1281, 6.4.;

Deutsch-österreich.Inst.f.Zeitgesch. - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1284, 6.4.;

Kritik-Verlag/Thies Christophersen - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1292, 12.4.;

Antisem.Überf., Leugn.d.Holocaust 3/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1230, 12.4.;

Ausländerf.u.rechtsext.Ausschreit. 3/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1229, 12.4.;

Die Hammer-Skins, Jelpke, Antw.BTDrs 13/1311, 13.4.;

Latussek, BdV - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1345, 24.4.;

Dt.Militärzeitschrift - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1460, 27.4.;

Jugendtag.d.Witikonen - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1461, 28.4.;

Schutzbund f.d.deutsche Volk - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1459, 28.4.;

Der Witikobund, der Antisemitismus und der Rechtsextremismus - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1483, 5.5.;

Studentenb.Schlesien, Hochsch.gr.Pommern, Akad.Fr.kr.Schlesien „Missus“ - Jelpke, BTDrs 13/1518, 10.5.;

Ausländerf.u.rechtsext.Ausschreit. 4/95 - Jelpke, BTDrs 13/1519, 15.5.;

Antisem.Überf., Leugn.d.Holocaust 4/95 - Jelpke,

Antw.BTDrs 13/1517, 15.5.;

Ausländerf.u.rechtsext.Ausschreit. 5/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1893, 14.6.;

Antisem.Überf., Leugn.d.Holocaust 5/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1894, 14.6.;

Evang.Notgem.in Dtschld e.V., Evang.Zentralstelle f.Weltanschauungsfragen - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1969, 20.6.;

Der Völkische Bund - Jelpke, Antw.BTDrs 13/1956, 20.6.;

Deutsche Burschenschaft - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2019, 23.6.;

Barett-Verlag Karl-Heinz Dissberger - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2021, 26.6.;

Der Witikobund, der Antisemitismus und der Rechtsextremismus II - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2020, 4.7.;

Ausländerf.u.rechtsext.Ausschreit. 6/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2085, 12.7.;

Der Schlesier - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2084, 12.7.;

Antisem.Überfälle, Sachbesch., Leugn. des Holocaust 6/95 - Jelpke, Antw. BTDrs 13/2083, 12.7.;

JLO und Mittel aus dem Bundeshaushalt - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2117, 19.7.;

Konservative Revolution - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2118, 19.7.;

Rechtsext.u.islam-fundam.türkische Gruppen - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2164, 24.7.;

Tötungsdelikte mit fremdenfeindl. o. rechtsext. Motivation 1994 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2126, 26.7.;

Antisem.Überfälle, Sachbesch, Leugn.d. Holocaust 7/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2258, 23.8.;

Ausländerf.u.rechtsext.Ausschreit. 7/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2257, 23.8.;

Nationalistische Front - Annelie Buntenbach B90/GR, Antw.BTDrs 13/2634, 26.9.;

Ausländerf.u.rechtsext.Ausschreit. 8/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2679, 28.9.;

Ausländerf.u.rechtsext.Ausschreit. 9/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/2832, 17.10.;

Antisem.Überfälle, Sachbesch., Leugn.d. Holocaust 10/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/3049, 17.11.;

Ausländerf.u.rechtsext.Ausschreit. 10/95 - Jelpke, Antw.BTDrs 13/3050, 17.11..

III. Schriftliche Anfragen

1995

VDA u. österreich. Rechtsextremisten - Annelie Buntenbach B90/GR - Drs 13/178; 6.1.;

Fremdenfeindl. Straftaten, Tötung, Antisemitismus - Jelpke, Drs 13/618, 17.2.;

Indizierte rechtsextreme Bücher - Jelpke, Drs 13/618, 17.2.;

Mißbrauch von Computernetzen - Jörg Tauss SPD, Drs 13/643, 24.2.;

„Bajuwarische Befreiungsfront“ - Annelie Bunttenbach, Drs 13/1127, 13.4.;

Maßnahmen gegen die Verbreitung rechtsext. Propagandamaterials aus dem Ausland - Siegfried Vergin SPD, Antw. Drs 13/1896, 30.6.;

Einfuhrbeschränkung DK/CAN/US - Wolfgang Börnsen CDU/CSU, Antw. Drs 13/1999, 14.7.;

Kontakte deutscher rechter Gruppierungen zu österr.o.schweiz.Gr. - Siegfried Vergin, Antw. Drs 13/2140, 11.8.;

Anzahl d.pol.mot.Anschl.auf Ausländer seit 1990 - Herbert Frankenhauser CDU/CSU, Antw. Drs 13/2645, 13.10.;

Deutsche Teilnehmer an den Kulturtagen u.a.d. Ulrichsbergfeier - Siegfried Vergin, Antw. Drs 13/2709, 20.10.

IV. Anträge

1995

Antirassismusetz, Ges.Entw. der Gruppe der PDS, Drs 13/1466, 19.5.;

Kampf gegen Rechtsextrem., Rassismus und Fremdenfeindl. in der EU, Antrag Fraktion der SPD, Drs 13/1739, 21.6.

V. Unterrichtung

1994

Entschließung des EP Rassismus Drs 13/45

1995

Jugendbericht - Drs 13/70 - Redner Jürgen Turk FDP, PIPr 13/25-S 17779 A, 1797 B, 10.3.;

Entschließung des Rates der Europ.Union, Drs 592/95, 19.9.

Zusammenstellung: Klaus-Henning Rosen

Tagebuch

Berlin - 753 antisemitische Straftaten wurden dem Bundeskriminalamt für die ersten drei Quartale des vergangenen Jahres gemeldet, berichtet die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS (BT-Drucksache 13/2964). Damit dürfte sich für 1995 eine spürbare Abnahme abzeichnen, nach dem es im Vorjahr (1366 Straftaten) eine Verdoppelung antisemitischer Kriminalität gegenüber 1993 ergeben hatte.

Berlin - Der neurechte Stratege Heimo Schwilk, Gesinnungskompagnon von Röhl, Schacht, Weißmann und Zitelmann hat die Gründung des Vereins „Arbeit für Deutschland e.V.“ und die Vorbereitung eines Symposiums zum Thema „Der Nationalstaat im 21. Jahrhundert“ angekündigt. Ziel der Vereinsgründung, so Schwilk in einem internen Rundschreiben (30. November 1995) sei es, „alle national gesinnten Kräfte in Deutschland zusammenzuführen.“ Das vergangene Jahr (1995) bezeichnet Schwilk als den „Beginn einer neuen Ära nationalen Selbstbewußtseins“. So habe die von der „Initiative 8. Mai“ ausgelöste Debatte zum 50. Jahrestag des „Kriegsendes“ gezeigt, „daß ein großer Teil der Deutschen die >politisch korrekten< Geschichtslügen nicht mehr hinnehmen will.“ Schwilk weiter: „Erstmals formiert sich in

Deutschland eine intellektuelle und demokratische Rechte, die das linke Weltanschauungskartell offensiv in Frage stellt und durch Medien-Aktionen in Bedrängnis bringt.“

Berlin - Die Berliner Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Hauptstraße 98/99, 10827 Berlin-Schöneberg, hat die Veröffentlichung „Gedenken und Lernen an historischen Orten - Ein Wegweiser zu Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin“ herausgegeben. Der 173 Seiten umfassende „Wegweiser“ beschreibt die historischen Orte und Ereignisse, die Entstehung der jeweiligen Gedenkstätte und ihr aktuelles Erscheinungsbild und informiert auch über die Angebote für vertiefende pädagogische Arbeit. Das Buch beinhaltet die Berliner Gedenkstätten und die größeren des Landes Brandenburg, darüber hinaus eine Auswahl von Denkmälern in den Bezirken sowie summarische Kapitel über Gedenktafeln und Ehrengräber. Rund 90 Fotos veranschaulichen die Orte und ihre Mahnmale.

Berlin - In einem „Ausgewählten Rundbrief an Führungskameraden der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland und in der Ostmark!“ entlarvt Sven Ruda (am 5. Juli 1968 in Berlin geboren), einst Kader der „Nationalen Alternative“ (NA) und Kopf des „Kameradschaftsbundes Deutschland“ (Frankfurt/Oder), den angeblichen

Rückzug von Neonazis aus den Strukturen: „Ich habe während meines Prozesses sowie in individuellen Gesprächen mit Kameraden meinen Rückzug aus der NS-Szene erklärt sowie meine Abschwörung von den Thesen des Nationalsozialismus. Wer mich wirklich kennt - und das sind nur wenige Kameraden - der weiß, daß hinter dieser plötzlichen Kehrtwende, die ich öffentlich bekundete etwas ganz anderes steht.“ Ruda, Ex-Offizier der „Nationalen Volksarmee“ (NVA), weiter: „Ich bin Mitte 1993 nach eingehenden Gesprächen mit der Führung der NL darüber eingekommen, daß ich mich verstärkt um die Anti-Antifa-Arbeit in Mitteldeutschland, insbesondere in Brandenburg kümmern werde. ... Nach unten sollte sich weiterhin die „Aussteigerthese“ durchsetzen. Mein Ziel ist es, nach ca. einem Jahr gezielt in die linke Szene in Mitteldeutschland einzutauschen und somit an Insiderinformationen heranzukommen.“

Bochum/Recklinghausen - Per Anzeige in dem Revanchistenblatt „Der Schlesier“ (Ausgabe vom 15.12.1995) appellieren die rechtsextremistischen „Unabhängigen Nachrichten“ in ihren Neujahrswünschen an alle „In- und Ausländer“, daß sie ihre Heimat „vor den multikulturellen Volksverhetzern“ schützen mögen.

Coburg - Franz Schönhuber informiert in der Januar-Ausgabe des Monatsperiodicums „Nation+Europa“ (Erscheinungsort: Coburg) über den aktuellen Mitgliederstand der „Republikaner“. Demnach haben die REP „höchstens noch 11.000 echte Mitglieder“. Die Kommunikationsstruktur gibt es nach Auffassung von Schönhuber „so gut wie nicht mehr“, die Parteizeitung stuft er als „belangloses Mitteilungsblatt“ ein. „Zusammengebrochen“ sei die Organisation der Nordverbände und die „mitteldeutschen“ Verbände „dümpeln orientierungslos vor sich hin“. Seinen rechtsextremen Gesinnungskameraden rät Schönhuber, die bundesweit sprießenden Gesprächskreise auszuweiten und die Vernetzung „seriöser rechter Publikationen“ voranzutreiben.

Eltmann (Kreis Bamberg) - Im fränkischen Gai-bach bei Eltmann (Kreis Bamberg) fand am 16. Dezember 1995 der „2. Europäische Kongreß der Jugend“ mit rund 200 Gästen statt. Veranstaltet wurde das Treffen europäischer Rechtsextremisten von den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), der NPD-Nachwuchsorganisation. Als Redner war neben dem JN-Bundesvorsitzenden Holger Apfel

aus Schellerten und Udo Voigt, bayerischer NPD-Landesvorsitzender, Tim Mudde - Mudde ist Generalsekretär der „Nationalen Volkspartij/CP ‘86“ - aus den Niederlanden geladen. Desweiteren sollten der Engländer Derek Holland, Chef der „International Third Position“, und Prof. Mladen Schwartz - Vorsitzender der „Neuen Kroatischen Rechten“ und Autor in „Criticon“ - Hauptreferate halten. Im vorhergehenden Jahr vertrat Velimir Bujanec die „Neue Kroatische Rechte“ im Rahmen des „1. Europäischen Jugendkongresses“ in Klingenbergl (Bayern). Bujanec führte damals aus, daß „Bosnien-Herzegowina ebenso ein geschichtlicher und ethnischer Teil unseres kroatischen Vaterlandes“ sei. Die 1994 gegründete „Neue Kroatische Rechte“, die „jüngste nationalistische Organisation in Europa“, ist eine Abspaltung der „Kroatischen Rechtspartei“. Für das kulturelle Rahmenprogramm waren 1995 der braune Barde Frank Rennie (31), Ingo Halberstadt (44) alias René Heizer und Rainer S. von der Musiktruppe „08/15“ vorgesehen.

Hamburg -Der US-amerikanische Neonazi Gary Rex Lauck bleibt nach einer Entscheidung des Hamburger Oberlandesgerichts in Untersuchungshaft. Das Gericht bestätigte damit einen Beschluß des Hamburger Landgerichts, das eine Haftbeschwerde Laucks wegen Fluchtgefahr abgelehnt hatte. Lauck war am 5. September vergangenen Jahres von Dänemark an die Hamburger Justizbehörden ausgeliefert und dort in Untersuchungshaft genommen worden.

Hamburg - Das Hamburger Amtsgericht hat den Vorsitzenden der verbotenen „Nationalen Liste“ (NL), Thomas Wulff, wegen Volksverhetzung, Verleumdung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, zu einer Haftstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Wulff, der zuletzt im vergangenen August im dänischen Roskilde medienwirksam in Erscheinung getreten ist, zeichnete presserechtlich verantwortlich für einen Artikel in der NL-Zeitung „Index“ vom Januar 1995, in dem behauptet wurde, die Wahrheit über Auschwitz dürfe aufgrund von Denkverboten nicht gesagt werden. Ferner war von einer „angeblichen“ Massenvernichtung der Juden in Auschwitz die Rede und davon, daß die Wahrheit sich „nicht ewig unterdrücken“ lasse.

Mainz - In Rheinland-Pfalz wurden in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres insgesamt 382 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremisti-

scher und fremdenfeindlicher Straftaten eingeleitet. Dies sind nach Angaben des rheinland-pfälzischen Justizministers Peter Caesar (FDP) 22 Verfahren weniger als in den ersten neun Monaten des Jahres 1994. Von den Verfahren in 1995 sei der größte Teil (246) wegen Verwendung von Nazi-Kennzeichen oder ähnlichen Symbolen und Volksverhetzung (92) eingeleitet worden. 34 Personen wurden in dem Zeitraum von Januar bis September 1995 verurteilt, davon 13 zu Jugend- oder Freiheitsstrafen. In 250 Fällen hätten die Verfahren eingestellt werden müssen.

Mannheim - Der 32jährige Polizeibeamte Winfried Korth wurde wegen zweier vorsätzlicher Verstöße gegen das Landesdatenschutzgesetz vom Amtsgericht Mannheim am 7. Dezember 1995 zu einer Geldbuße von 4.000 Mark verurteilt. Der Stadtrat und Kreisvorsitzende der rechtsextremen „Republikaner“ in Mannheim habe in zwei Fällen im April und Juni 1994 den Polizeicomputer abgefragt und sieben Neumitglieder oder Interessenten der REP auf Vorstrafen und Haftbefehle hin überprüft. Korth bestritt die entsprechenden Vorwürfe auch vor Gericht und kündigte an, in Berufung zu gehen. Zwar sei der frühere Kreisvorsitzende Alfred Reichwein (70) mit dem entsprechenden Ansinnen an ihn herangetreten, doch habe er sich dieser Bitte verweigert. Im August des vergangenen Jahres fand in dieser Sache eine Hausdurchsuchung bei Korth statt.

Korth ist seit April 1995 Kreisvorsitzender der Mannheimer „Republikaner“ und gehört seit dem Landesparteitag vom 13./14. Mai vergangenen Jahres dem baden-württembergischen REP-Landesvorstand als Beisitzer an. Die Mannheimer Polizei will jetzt prüfen, ob disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen den Streifenpolizisten Korth getroffen werden. Vorermittlungen waren bereits vor dem Prozeß eingeleitet worden.

Mainz - Gegen Ursel Müller, die 61jährige Vorsitzende der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG), und Christian Scholz soll am 17. Januar vor dem Amtsgericht Mainz wegen eines Verstoßes gegen § 86a StGB verhandelt werden. Anlaß des Prozesses ist eine Eigenmeldung aus den „HNG-Nachrichten“, deren presserechtliche Verantwortung formal bei Scholz liegt. In der Januar-Ausgabe des vergangenen Jahres hieß es über eine tote Sechzehnjährige: „Ihre Ehre hieß Treue! Heil Melanie Preuß!“.

Memmingen - Zu lebenslangen Freiheitsstrafen wurden die ehemaligen Söldner Falk Simang (31) und Ralf Rüdiger Mrachacz (41) verurteilt (BRN 25-26/1995). Die 1. Strafkammer des Memminger Landgerichts befand die beiden früheren Angehörigen einer Söldnertruppe im ehemaligen Jugoslawien des gemeinsamen Mordes für schuldig.

München - Der FZ-Verlag des Münchner Pressezaars Dr. Gerhard Frey offeriert seinen Kunden ab sofort eine General-Oberst-Dietl-Medaille. Dies sei als Gegengewicht zur unlängst erfolgten Umbenennung der General-Oberst-Dietl-Kaserne sowie der geforderten Umbenennung der Dietl-Straße in Bad Aibling zu verstehen, so der FZ-Verlag in der „Deutschen-National-Zeitung“.

Prag (Tschechien) - Das Bezirksgericht in Brno hat am 13. Dezember einen 21jährigen Skinhead wegen Mordes an einem Roma zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Drei weitere Skinheads erhielten Gefängnisstrafen bis zu 18 Monaten. Die Begründung des Urteils löste größte Empörung in Tschechien aus, da der Vorsitzende Richter zu dem Schluß gekommen war, daß sich ein Mord aus rassistischen Gründen nicht nachweisen ließe. Die Zweifel an dem rassistischen Tatmotiv lägen darin begründet, daß der Skin den Roma - einen fünffachen Familienvater - „schweigend“, also ohne Beschimpfung, totgeschlagen habe. Die Staatsanwaltschaft will in Berufung gehen.

Rastatt (Baden-Württemberg) - Eine Deutschlandtournee plant der österreichische Rechtsextremist Peter Kurt Weiss, einst FPÖ-Funktionär sowie Laienrichter des Salzburger Landgerichts und heute Vorsitzender des Sektierergrüppchens „Bürgerschutz Österreich“, zum Thema „Weltkapitalismus - Diktatur der Weltgeschichte“. Weiss will auf den Veranstaltungen (u.a. in Stuttgart, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Leipzig, München, Berlin) in „schonungsloser Weise“ den „wahren Zusammenhang zwischen Politik-Wirtschaft - kurzum jenen, die als überstaatliche Mächte und wirkliche Drahtzieher die Welt regieren“, aufzeigen. Auskünfte über die Tournee erteilt Albert Lämmel, Sohn des politischen Pressereferenten des letzten österreichischen Bundeskanzlers vor der Machtübernahme Hitlers, Kurt von Schussnig, und seit Jahren Kopf des Einmann-„Arbeitskreises Demokratisches Geld-Steuer-Bodenrecht“ (Sitz: Rastatt/Baden-Württemberg).



Adresse:

Rom (Italien) - Die italienische Polizei nahm am 11. Dezember vergangenen Jahres den Gründer der verbotenen „Westlichen Politischen Bewegung“, Maurizio Boccacci und drei weitere Rechtsextremisten beim Plakatekleben fest. Die militanten Rechtsextremisten hatten die Freilassung des an Italien ausgelieferten und in Untersuchungshaft sitzenden früheren SS-Offizier Erich Priebke gefordert.

Schwerin - Das Urteil gegen den NPD-Funktionär Heinrich Förster ist rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof hat die Revision des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein zurückgewiesen. Förster wurde am 24. April vergangenen Jahres vom Schweriner Landgericht wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit Brandstiftung zu vier Jahren Haft verurteilt. Vor Gericht hatte Förster den mittlerweile geschäfteten NPD-Vorsitzenden Günther Deckert als sein politisches Vorbild bezeichnet.

Stuttgart - Der NPD-Parteivorstand (Bundesgeschäftsstelle: Stuttgart) hat auf seiner letzten Sitzung einen Bundesparteitag im ersten Quartal 1996 beschlossen. Dies meldet das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ in der Ausgabe 11-12/1995.

Stuttgart - Beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg, Postfach 103443, 70029 Stuttgart, kann die 70seitige Broschüre „Unseriöse Hilfen zur Lebensbewältigung. Sektierer und Heilsversprechen“ angefordert werden. In der Broschüre wird über Jugendreligionen, Jugendsekten, Psychogruppen, destruktive oder konflikträchtige Kultur, quasireligiöse und quasitherapeutische Bewegungen, Sekten und spirituelle, spiritistische, okkultistische Gruppen, ultrarechte Guru-Bewegungen, New Age, Esoterik, Light-Age und vieles mehr informiert.

Suhl (Thüringen) - Thomas Dienel (34), ehemaliger Chef der „Deutsch Nationalen Partei“ (DNP) und zuvor Landesvorsitzender der NPD in Thüringen, wird nicht vorzeitig aus der Haft entlassen. In der aktuellen Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ teilt Dienel dies in einem Leserbrief mit. „Ich bleibe weiter in Haft, und das vermutlich noch 18 Monate.“ Dienel war zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden und sitzt seit Dezember 1992 im Gefängnis. In den vergangenen Jahren gehörte der einstige FDJ-Funktionär Dienel zu den eifrigsten Schreibern in den „HNG-Nachrichten“. Dienel wird von der „Hilfsorganisation für nationale poli-

tische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) betreut.

Washington (USA) - Die Scientology-Church in den USA hat vor einem Bezirksgericht in Washington D.C. eine Niederlage erlitten. Das Gericht wies eine von Scientology gegen die Washington-Post angestrebte Klage ab und trug der Klägerin die Kosten des Rechtsstreits auf. Scientology hatte der Washington-Post gerichtlich untersagen lassen wollen, Auszüge aus internen „religiösen“ Texten der Sekte zu veröffentlichen. Vom Gericht wurde jedoch das öffentliche Interesse an der Vorgehensweise von Scientology höher eingeschätzt, so daß die Zeitung auszugsweise zitieren darf.

Wien - Ein Wiener Geschworenengericht hat am 21. Dezember vergangenen Jahres die zwei im ersten Briefbombeprozeß angeklagten Neonazis Peter Binder und Franz Radl, beide 28, vom Vorwurf des Briefbombenterrors freigesprochen. Der Elektrotechniker Peter Binder und der Jura-Student Franz Radl wurden allerdings wegen neonazistischer Betätigung - beide gehören der VAPO („Volkssozialistische Außerparlamentarische Opposition“) an - zu Gefängnisstrafen von fünf bzw. drei Jahren verurteilt. Der mitangeklagte Alexander Wolfert bekam eine zweijährige Gefängnisstrafe auf Bewährung.

Wien - Der Bundesdelegiertentag der österreichischen „Freiheitlichen Studenteninitiative“ (FSi) hat beschlossen, den „traditionellen“ Namen „Ring Freiheitlicher Studenten“ (RFS) wieder anzunehmen. Erfreut über die Umbenennung zeigte sich auch der Hochschulpolitische Sprecher der „Freiheitlichen“, der Burschenschafter Martin Graf (geb. 1960 in Wien), der von 1980 bis 1987 Mitglied des „Ringes Freiheitlicher Studenten“ (RFS) war, 1988 der FPÖ beitrug, seit 1990 als 1. Präsident des Freiheitlichen Finanzmanagementclubs fungiert und seit 1994 als Nationalratsabgeordneter der Haider-Partei fungiert. Zum Bundesvorsitzenden wurde Alexander Höferl ebenso einstimmig gewählt wie Alwine Schachinger und Johann Mogeritsch zu seinen Stellvertretern und Eva Haubner zur Finanzreferentin.